

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Anzeigenstellen 2 RM. im Voraus, bei Zustellung durch die Boten 2,50 RM., bei Postbestellung 3 RM. Einzelnummern 10 Pf. Wochensubskriptionen werden zu jeder Zeit angenommen. — Abrechnung eingetragener Geschäftsstellen erfolgt nur, wenn Vorzug besteht.

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Normzeile 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rpf., die 2-spaltige Zeile 20 Rpf., die 1-spaltige Zeile 10 Rpf. Nachzahlungsbetrag 20 Rpf. pro Woche. — Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. — Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstraße Nr. 10. — Durch Fernruf übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. — Abrechnung erfolgt nur, wenn der Betrag durch die Post eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. — Anzeigen nehmen alle Verwaltungen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 120 — 89. Jahrgang — Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ — Wilsdruff-Dresden — Postfach: Dresden 2640 — Sonnabend, den 24. Mai 1930

## Leid und Freud.

Das neue Defizit. — Notopfer. — Der „Himmelsbote“.  
... ein Kreuz, ein Leid hat uns der Herr be-  
schieden! so heißt es in einem alten Kirchengesang. Aber  
wir Deutsche wären noch zufriedener, wenn es bei einem  
Kreuz bleiben würde! Obar wenn es nicht gar so schwer  
wäre, daß es fast untragbar unsere Schultern drückt.  
Nun ist unter Not und Mühe und mit Hilfe von Steuer-  
herabsetzungen der Haushalt des Reiches einigermaßen  
ins Gleichgewicht gebracht, da hat sich auch schon ein  
neues Defizit eingestellt: gerade wie beim eröffneten Kali-  
bergwerk in Bienenburg bringen die stundenlang zerstück-  
ten Wasser der Wirtschaftskrise alles zum Aufsteigen, zum  
Einbruch, und diese Defizitlöcher zerreißen die so mühsam  
geglättete Oberfläche des Reichseinkommens, bringen aber auch  
neue Sorgen in die Haushalte der Länder und Gemeinden.  
Denn die notwendige Folge dieser sich kaum bessenden,  
sich in manchen Teilen sogar noch verschärfenden Wirt-  
schaftskrise ist natürlich das Zurückgehen der  
Steuererträge, das übrigens der Erfahrung  
nach immer um zwei bis drei Monate hinter der  
Entwicklung der Wirtschaftslage einherhinkt und sich  
erst dann voll auswirkt. Ehe also der Reichshaushalt  
in der jetzt vorliegenden Form Gesetz werden soll, stimmt  
er schon nicht mehr, verlangt Änderungen, Nachträge.  
Wohel die trostlose Gewissheit besteht, daß entsprechend  
der Ungewißheit über die Weiterentwicklung der Wirt-  
schaftslage ebenso ungewiß ist, wie weit die Steuer-  
erträge nun tatsächlich hinter dem Voranschlag zurück-  
bleiben werden. Bei der Etatsaufstellung ist man schon  
an und für sich sehr vorsichtig in der Ansetzung der Ein-  
nahmen aus den Steuern gewesen, muß aber nun die Er-  
wartung machen, daß selbst hinter diesen Schätzungen die  
Einnahmen in den ersten beiden Monaten des neuen Etats-  
jahres zurückblieben. Also wird man wohl, um das neue  
Leid nicht allzu tief und allzu weit werden zu lassen,  
wieder zu dem „beliebten“ Mittel einiger Steuer-  
erhöhungen greifen. Das ist des deutschen Landes so der  
Brauch.

Noch härter jetzt diese Wirtschaftskrise den Hebel an  
der „Zugpumpe“ in Bewegung, wie ein tief bestimmter  
deutscher Reichsfinanzminister einmal die Arbeits-  
losigkeit bezeichnet hat. Als sie geschaffen  
wurde, rechnete man mit einer Jahresdurchschnittszahl  
von 900 000 Arbeitslosen, jetzt kann man nicht umhin,  
die doppelte Anzahl in Rechnung zu stellen. Entsprechend aber  
ist auch das Anwachsen der auf die Krisenfürsorge und  
die kommunale Wohlfahrtspflege Angewiesenen. Auch  
dafür war im Reichshaushalt mühsam genug — aus  
allen Ecken und Enden trugte man die Mittel zusammen —  
ein Verein mit den Versicherungsbeiträgen eine Art  
Wohlfahrtswerk hergestellt; auch damit ist's vorbei, und zwar  
im erheblichen Umfang. Also: Beitragserhöhung um ein  
vielfaches, vielleicht sogar um ein Prozent, ein Vorschlag  
übrigens, über den das Kabinett Müller stürzte! Dann,  
entsprechend vielleicht den Vorschlägen des Reichsamts für  
Arbeitslosenversicherung, eine Einschränkung der Leistun-  
gen, Abstellung gewisser, nur allzu bekannter Mißstände,  
aber beides zusammen reicht immer noch nicht aus, um  
die Arbeitslosenversicherung zu sanieren. Infolgedessen  
sind in Zentrumstreifen Stimmen laut geworden, die ein  
„Notopfer“ der Festbesoldeten in höheren Ein-  
kommensgruppen verlangen zugunsten der Versicherung der  
Arbeitslosen. Von sozialdemokratischer und von Beamten-  
kreisen verlangt, also einfach eine Steigerung der  
Einkommensteuer von einer gewissen Stufe ab. Dem wird  
aber entgegengehalten, daß mit dem „Notopfer“ der Fest-  
besoldeten mit höherem Einkommen gerade jener Bevölkerungs-  
teil erfaßt werden soll, der, anders wie die versicherungs-  
pflichtigen Arbeitgeber und -nehmer, von der Ver-  
sicherung nicht betroffen wird und sich in einiger-  
maßen oder ganz gesicherter Lebensstellung befindet. Nur  
ein „Notopfer“ der sich rasch zuspitzenden Lage — nun  
werden.

Also: Kreuz und Leid genug hat uns der Herr be-  
schieden, — aber auch ein wenig Freud. Gewiß hat der  
Herr rasch J. P. schon Größeres geleistet als jetzt  
sichtbar über den südlichen Teil der Neuen Welt hinaus nach  
den Norden zu ziehen. Aber trotzdem ist das brennende  
Interesse, mit dem das deutsche Volk und nicht nur das  
langst nicht erloschen, nicht geringer geworden. Schwebt  
es doch jetzt auch wieder über Neuland und zahllos sind  
die Scharen der Deutschen, die den „Himmels-  
boten“ aus der alten Heimat begrüßen. Außerdem ist  
in diese Fahrt noch mehr: sie soll die Probe auf die  
Fähigkeit eines unabhängigen und zuverlässigen Luftschiffver-  
kehrs von Spanien nach Südamerika sein. Und stolz und  
stolz können wir es fast als selbstverständlich be-  
trachten, daß das Werk des Grafen Zeppelin auch diese  
Probe bestand.  
Dr. Pr.

## Kanzlerrede an die Welt

### Finanz- und Wirtschaftsjanierung, Briand-Plan und Abrüstungsfrage

Berlin, 23. Mai. Am Freitag abend hielt Reichskanzler  
Dr. Brüning auf dem Bankett der ausländischen Presse eine  
politische Rede. Eingangs wies er auf die Regierungsbildung hin.  
Er fuhr dann u. a. fort: Die deutschen Finanzen werden janier-  
t werden. Damit ist die Grundlage für eine Besserung der wirt-  
schaftlichen Verhältnisse gegeben. Eine geordnete Finanzwirtschaft  
wird auch das Vertrauen der Welt in unsere wirtschaftliche und  
politische Lage stärken. Unsere nächste Arbeit gilt der Not der  
Landwirtschaft, insbesondere in den Ostgebieten. Überall in der  
Welt befindet sich die Landwirtschaft in schweren Krisen. Für die  
deutsche Landwirtschaft ist die Lage aber umso schwieriger, da sie  
infolge ungünstiger klimatischer und schlechter Absatzverhältnisse  
und der Nachwirkungen der Inflationszeit unter ganz besonders  
erschwerenden Bedingungen arbeiten muß. Diese Bedingungen müß-  
ten durch zollpolitische Maßnahmen ausgeglichen werden. Bei  
den geplanten gesetzgeberischen Vorschlägen zur finanziellen Ge-  
sundung der Arbeitslosenversicherung wird sich die Regierung von  
sozialem Geiste leiten lassen. Sie wird gleichzeitig eine Reihe  
von wirtschaftlichen Maßnahmen unter sorgfältigster Beachtung  
gesunder finanzieller Grundsätze ergreifen, um durch Arbeitsbe-  
schaffung und Arbeitsicherung dem großen Leibel der Arbeits-  
losigkeit zu steuern. Die Verwirklichung dieser Aufgaben ist die  
Voraussetzung, daß wir den schweren Erfordernissen des neuen  
Planes gerecht werden können. Wir rechnen dabei auf das Ver-  
ständnis unserer Gläubiger, daß wir ihnen die uns auferlegten  
großen Lasten auf die Dauer nur dann entrichten können, wenn  
wir bei ihnen für die Erträge unserer Arbeit Abzahnmöglich-

keiten finden. Die Gesundung der Finanzen und Wirtschaft ist  
auch eine wesentliche Voraussetzung, um an eine Verwirklichung  
der weittragenden Bestrebungen glauben zu können, die kürzlich  
in Berlin in einer Zusammenkunft prominenter Persönlichkeiten  
ihren Niederschlag fanden und darin gipfeln, die Schwierigkeiten,  
die in der wirtschaftlichen Zerklüftung des Kontinents ihren  
Ursprung haben, zu beseitigen. Es ist ein Problem von ungehe-  
rem Maße. Jedes weitausgehende Problem europäischer Cosi-  
darität hat aber zur Voraussetzung die wirtschaftliche und poli-  
tische Souveränität der einzelnen Nationen. In diesem Sinne wird  
die Reichsregierung an die Prüfung des folgenreichen Pro-  
gramms, das mit dem Namen eines der bedeutendsten europä-  
ischen Staatsmänner verknüpft ist, herangehen. Sie wird auch  
in gleichem Sinne Deutschlands Lebensinteressen in organischer  
Weiterentwicklung der bisherigen Außenpolitik aktiv vertreten.  
Das Deutsche Volk ist sich einig in der Erkenntnis, daß der Wie-  
deraufstieg Deutschlands nur in friedlichem Zusammenwirken mit  
allen Völkern erreichbar ist. Die beste Sicherung des Friedens  
liegt in der Abrüstung. Wir hoffen, daß in der Abrüstung in nicht  
zu ferner Zeit erheblichere Fortschritte als sie bisher gelungen  
waren, erzielt werden. Wir werden nicht müde werden, die Welt  
dauernd an das Motiv zu erinnern, mit dem die deutsche Ab-  
rüstung erfolgte, um die Einleitung einer allgemeinen Abrüstungs-  
bestrebung aller Nationen zu ermöglichen. Der Glaube an die  
Durchführbarkeit dieser Abrüstung darf im Interesse der gesamten  
Menschheit nie erlöschen. Nur durch Verwirklichung dieser Ziele  
wird der Geist einer wirklichen Veröhnung und Verständigung  
dauernd herrschen können.

## Panzerkreuzer B abgelehnt

### Langfristiges Bauprogramm für die Marine.

Gröner über den Marineetat.  
Berlin, 23. Mai.  
Der Panzerkreuzer B, viel verlangt und viel angefeindet,  
ist noch nicht gebaut und wird wahrscheinlich in diesem Jahre,  
wenigstens wenn man den vorliegenden Willensäußerungen  
der Parteien trauen will, auch nicht begonnen werden. Aber wie  
ein unsichtbares Wesen zog er heute bei der Beratung des  
Marineetats seine Kreise im hohen Saale der Reichshäuser.  
Reichswehrminister Gröner hielt, wie erwartet, seinen  
Auf nach dem Kreuzer aufrecht. Wenn er sich an-  
scheinend auch mit der Aussicht auf ein festes Marinebau-  
programm im nächsten Jahre befriedigen will oder muß, der  
Kreuzer B werde darin wiederkehren, so sagte Gröner aus-  
drücklich und mit Betonung. Anhänger und Gegner traten  
in der an des Ministers Darlegungen antwortenden Dis-  
kussion hervor. Übereinstimmung wurde natürlich nicht er-  
zielt, immerhin sah man den angefeindeten Abstimmungen  
mit ziemlicher Erregung entgegen.  
10.

### Sitzungsbericht.

(171. Sitzung.) OB. Berlin, 23. Mai.  
Der Reichstag setzte die zweite Beratung des Haushalts  
des Reichswehrministeriums fort.  
Abg. Döberich (Chr.-Nat. Bauernpt.) wünscht bessere Vor-  
bildung der zur Entlassung kommenden Reichswehrangehörigen  
für die Landwirtschaft. Er erkennt den in der Reichswehr  
herrschenden guten Geist an. Verwerflich sei jede Sparmaßnahme  
bei der Ausrüstung der Soldaten. Er verlangt so weit wie  
möglich stärkere Ausrüstung für Deutschland.  
Damit ist die Aussprache über das Landheer beendet und  
es folgt die Beratung des Haushalts der Reichsmarine.  
Nach der Berichterstattung des Abg. Stöckel über die  
Ausschusshandlungen nimmt das Wort  
Reichswehrminister Gröner.  
Er erinnert an den Versailles Vertrag und seine Bestimmungen  
in bezug auf die deutschen Kriegsschiffe. Nach dem Kriege  
war schon der Schiffsbestand der deutschen Marine überaltert.  
Bis heute haben die Vinierschiffe ein Alter von 24-28 Jahren  
erreicht, während im Versailles Vertrag dafür 20 Jahre be-  
rechnet wurden. Nach dem Kriege haben alle Regierungen die  
Notwendigkeit des Ersatzbaues anerkannt. In der Folge erst  
erhielten die Fragen aus politischen und wahlgründen andere  
Betrachtung. Der sachliche Boden ist verlassen worden mit der  
Parole „Panzerkreuzer B oder Kinderspeisung“. Reichswehrminister  
Gröner betont die Notwendigkeit einer  
Verständigung auf  
ein langfristiges Bauprogramm für die Marine.  
Mit dem Reichskanzler im Einvernehmen gibt er die Erklä-  
rung ab, die Regierung werde gemäß dem Beschluß des vori-  
gen Kabinetts im Jahre 1931 einen umfassenden Plan vor-  
legen. In diesem Plan sollen für eine Reihe von Jahren die  
Ersatzbauten der Marine bestimmt werden. Auch für das  
Panzerkreuzer B wird 1931 die nötige Forderung erhoben. Zu  
weiteren tritt Gröner dafür ein, daß die im Reichstag zu  
günstigen der ersten Rate für das Panzerkreuzer B gemachten Ab-  
stiche bei den anderen Punkten des Etats wiederhergestellt  
werden. Die deutschen Aufwendungen für die Marine be-  
tragen nur 1,7 Prozent, Deutschland verfügt nur über 16  
Schiffe gegen 287 englische, 343 amerikanische, 180 französische.  
Die Sorge darüber, was das Ausland zu diesem oder jenem

militärischen Schritt Deutschlands sagt, ist recht unwürdig.  
(Hört, hört! rechts, lebhafter Widerspruch links.) Schließlich  
spricht der Minister noch über die viel angefeindeten  
Auslandsreisen der deutschen Flotte  
und erwidert die begeisterte Aufnahme der deutschen Schiffe  
bei ihrer Mittelmeerfahrt, die sowohl für das Ansehen des  
Reiches wie für das Wohlergehen der Auslandsdeutschen ent-  
scheidend wirkte.  
Abg. Eggert (Soz.): Die Finanzlage, in der wir uns  
in Deutschland befinden, läßt es einfach nicht zu, daß Hunderte  
von Millionen für unnötige Schiffsfabrikationen ausgegeben  
werden. Die gleichen Leute, die sich hier für dieses Panzer-  
kreuzer B einsetzen, haben nicht einen Pfennig übrig für die  
Hunderttausende von Arbeitslosen, die wir in Deutschland  
haben. Nicht durch Panzerkreuzer B ist eine Weltgeltung  
Deutschlands zu erreichen, sondern nur dadurch, daß man der  
Masse unseres Volkes die Kraft gibt, über die jetzigen schweren  
Zeiten hinwegzukommen. Angegeben wird für die Notwendigkeit  
des Kreuzers B die Bedeutung für Ostpreußen. Das ist ganz  
unrichtig. In Wirklichkeit kann man dem Osten nur helfen durch  
die Aufstellung der großen Güter und die Schaffung lebens-  
fähiger Siedlungen.  
Abg. von Bartenwerffer (Din.): Überall sieht man Auf-  
rüstung statt Abrüstung. Man wird auch fernerhin über  
Deutschland zur Tagesordnung übergehen, wenn es seine  
Wehrkraft nicht ausbaut. In erster Linie kommt hier die  
Flotte in Betracht. Die Regierung muß hier den Mut haben,  
voranzugehen. Deutschland muß in die Lage gelangen, drau-  
ßen modernes Schiffsmaterial zu zeigen. Damit wird seine  
Vindiktionsfähigkeit gestärkt.  
Abg. Graf zu Eulenburg (Din.): Das Panzerschiff ist not-  
wendig für den Schutz Ostpreußens. Der Minister hat leider  
vor der Mitte kapituliert. Der Verzicht wird im gefähr-  
deten Osten sehr schmerzlich wirken.  
Abg. Wegmann (Ztr.): Es ist notwendig, den übermäßig  
großen Verwaltungsapparat der Marine abzubauen. Den  
deutschnationalen Antrag auf Bewilligung der ersten Baureihe  
für das Panzerschiff B lehnt das Zentrum ab.  
Abg. Dr. Neubauer (Komm.): Alle imperialistischen Mächte  
rechnen heute mit einem Krieg. Es handelt sich nur noch um  
den Zeitpunkt des Beginns.  
Abg. Brüninghaus (D. Sp.): Bei dem Ersatzbau des  
Panzerkreuzers B handelt es sich nur um einen ganz bescheidenen  
Anfang zur Erneuerung der Flotte. Die Deutsche Volkspartei  
wird für die erste Rate stimmen.  
Abg. Loibl (D. Sp.): Die Bayerische Volkspartei lehnt den  
deutschnationalen Antrag auf Einsetzung der Rate für das  
Panzerkreuzer B ab.  
Damit schließt die Aussprache, und es beginnt die Ab-  
stimmung. Zunächst wird der kommunistische Mißtrauens-  
antrag gegen den Reichswehrminister Gröner gegen die Stim-  
men der Kommunisten und der Nationalsozialisten bei  
Stimmhaltung der Sozialdemokraten ab-  
gelehnt. Abg. Severing (Soz.) stimmt mit den Regierungs-  
parteiern gegen den Mißtrauensantrag.  
Der Haushalt des Wehrministeriums wird unter Ab-  
rechnung aller Änderungsanträge der Kommunisten und Sozial-  
demokraten in der Ausschusshandlung angenommen. Die von  
den Regierungsparteien beantragten Streichungen werden ge-  
nehmigt.  
Angenommen werden die Entschuldigungen des Aus-  
schusses, von einer Auflösung des Ständortes Lindau Ab-  
stand zu nehmen, die zwei Eskadronen Reiter, welche 1931 nach  
Krieg verlegt werden sollen, nicht aus ihrem Standort Nie-  
lisch zu entziehen und die beabsichtigte Verlegung der Fahr-  
eskadron von Gumbinnen nach Königsberg nicht durchzu-